

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 11

Artikel: Weltfriedensrat unter UNO-Protektion : die Institution für Public Relations des sowjetischen Aussenministeriums tagte in Budapest
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Institution für Public Relations des sowjetischen Aussenministeriums tagte in Budapest

Weltfriedensrat unter UNO-Protektion

Von Michael Csizmas

In Budapest tagte die Generalversammlung des Weltfriedensrates. Diese Institution äussert immer die gleichen Ansichten wie das sowjetische Aussenministerium. Sie unterstützt Militarismus, Faschismus, Imperialismus und Kolonialismus des Sowjetlagers. Das ist nichts Neues. Neu ist dagegen, dass sie unter dem Schutz der UNO steht.

Zwei Monate nach dem Ausschluss von Jugoslawien aus dem Kominform und inmitten einer fieberhaften Kriegsvorbereitung gegen das abtrünnige Land liess Stalin im August 1948 in Wroclaw (Polen) einen «Internationalen Kongress der Geistesschaffenden» veranstalten. Hier wurde das «Ständige Internationale Initiativkomitee», der Prototyp des heutigen Weltfriedensrates, aus der Taufe gehoben. Auf die Initiative dieses Komitees rief man im April 1949 in Paris und Prag den 1. Weltfriedenskongress ein, der die Friedensbewegung organisatorisch und ideologisch zu vereinen versuchte. Während in der Sowjetunion und in den neu errichteten Volksdemokratien für die Produktion von mehr Panzern jedermann in der Höhe eines Monatsgehalts «Friedensanleihen» zeichnen musste, gelang es den Initiatoren, eine buntgemischte Gruppe von Intellektuellen — von Pazifisten bis kirchlichen Würdenträgern — in den Dienst der sowjetisch gesteuerten Friedensbewegung zu stellen. Namhafte Persönlichkeiten, wie Frédéric Joliot-Curie, gaben dieser Kampagne ihren Namen, und sogar Pablo Picasso zeichnete eine Friedenstaube als Wahrzeichen. Als Charta der Weltfriedensbewegung nahm man ein 7-Punkte-Programm an, das bis heute gültig ist:

1. Verurteilung der militärischen Bündnisse, die mit einem Krieg drohen;
2. Verwerfung des Wettrüstens;
3. Forderung nach Verbot der Atom- und Massenvernichtungswaffen;
4. Kampf für die nationale Unabhängigkeit eines jeden Volkes;
5. Kampf für die demokratischen Freiheitsrechte;

Israel nun den ersten Schritt tun müsste mit dem Angebot, die 1967 besetzten Gebiete zurückzuerstatten unter der Voraussetzung der diplomatischen Anerkennung Israels mindestens durch die benachbarten arabischen Staaten.

Bleibe die dornenvolle Lage der Palästinenser. Mit gutem Willen wäre auch dieses Problem zu lösen. Wirtschaftliche Hilfe, einmal zweckdienlich verwendet, hätte auch eine politische Entschärfung zur Folge, wie übrigens in Westdeutschland das Problem der ostdeutschen Flüchtlinge auf diese Weise weitgehend gelöst worden ist.

All diese Hoffnungen sind heute berechtigter als zuvor. Ob diese Erwartungen eintreffen, wird freilich erst die Zukunft weisen.

Peter Sager

6. Errichtung einer weltweiten Front für die Verteidigung der Wahrheit und des Intellekts und gegen die Kriegspropaganda;
7. Verurteilung der Verbreitung von Kriegshysterie.

Die sowjetischen Friedensatombomben ...

Die hohen und an sich bejahenswerten Forderungen blieben freilich nur auf dem Papier. Für diese Prinzipien setzte sich der Weltfriedensrat nur ein, wenn sie vermeintlicherweise von den westlichen Demokratien verletzt wurden. Wenn die selbstformulierten Massstäbe von der Sowjetunion selbst verletzt wurden, konnte der Weltfriedensrat niemals darauf hinweisen oder es gar verurteilen.

Der Weltfriedensrat zeigte sich sogar in solchen Fällen hilfloser als manche andere kommunistische Frontorganisation. Louis Saillant, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, nahm sich beispielsweise heraus, 1968 gegen den Einmarsch der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR zu protestieren. Auch kommunistische Parteien — wie die KP Grossbritanniens, Italiens und Frankreichs waren bis heute davon nicht abzubringen, dass die Okkupation der CSSR eine Verletzung der Souveränität dieses Landes darstelle und die diesbezüglichen Rechtfertigungsversuche von Husak grundlos sind. Der Weltfriedensrat stimmte unterdessen Ende der vierziger Jahre und Anfang der fünfziger Jahre einen Tenor an, der damals Stalin als den «obersten Wächter des Weltfriedens» feierte und seither die sowjetsozialistischen Staaten als die «entscheidende Kraft» im Friedenskampf bejubelt. In dieser schrankenlosen Euphorie, die ihresgleichen sucht, ist es kaum verwunderlich, dass die östlichen Streitkräfte als «Armeen des Friedens», interkontinentale Raketen mit Atomsprengköpfen als «Raketen des Friedens» bezeichnet werden. Auch der Grenzsoldat, der hier auf wehrlose Flüchtlinge das Feuer eröffnet, ist auf «Friedenswacht», und wenn diese Armeen einmal in ein fremdes Land marschieren, heisst das, sie erfüllen eine «Friedensmission».

Eine der grössten Aktionen des Weltfriedensrates war die Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell vom März 1950, der alle Menschen der Welt dazu aufrief, entschlossen für das Verbot der Atomwaffen zu kämpfen und die Regierung, die als erste die Atomwaffen einsetze, zum Kriegsverbrecher zu erklären. Der 2. Weltfriedenskongress fand im November 1950 in Warschau statt, wo die sofortige Feuereinstellung in Korea verlangt wurde. Ende Februar 1951 verlangte die Tagung des Weltfriedensrates in Berlin den Abschluss eines Friedenspaktes zwischen den fünf Grossmächten, und im De-

zember 1952 trat in Wien der «Völkerkongress für den Frieden» zusammen, wo die Delegierten in Telegrammen an die Regierungen der Grossmächte den Verzicht auf Gewaltanwendung als Mittel zur Regelung internationaler Konflikte forderten. Das war das Jahr, wo nur ein paar hundert Kilometer von Wien Slansky und seine Mitangeklagten gehenkt wurden. Die Auswirkungen der Berliner und Posener Aufstände, die ungarische Revolution lähmten dann zeitweilig die früher hektische Tätigkeit dieser angesehenen Körperschaft. Sie veranstaltete nach einer sechsjährigen Pause im Juli 1958 in Stockholm wieder einen Kongress für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit. Ähnliche Resolutionen und Telegramme an die Adressen der Grossmächte wurden dann an den nächsten Kongressen im Juli 1962 in Moskau und im Juli 1965 in Helsinki verfasst. Die Erschütterung im Ostblock wegen der Intervention in der CSSR im August 1968 blockierte den aktiven Friedenskampf nur kurz. Zwischen 1965 und 1971 wurden zahlreiche kleinere Tagungen des führenden Gremiums abgehalten, wo jedesmal die Westmächte angeprangert wurden. An der Genfer Tagung (13. bis 16. 6. 66) wurde als amtierender Generalsekretär der Inder Romes Chandra gewählt.

Der vom 13. bis 16. Mai 1971 abgehaltene Kongress des Weltfriedensrates bot einen Einblick in die Tätigkeit dieser Organisation. Interessant war bereits eine Pressekonferenz von Chandra am 19. April in Budapest, als er seine Organisation als einer der Veranstalter der grossen Anti-Vietnamkrieg-Kundgebung vom 3. Mai in Washington zu erkennen gab. Zwei Wochen später prophezeite er für die Weltfriedensbewegung einen «neuen Frühling» und bezeichnete den Budapester Kongress als «Antwort auf Nixons kriegerische Aeusserungen und Aktionen».



Bock als Gärtner. Der Weltfriedensrat hat sich als Organisator der Washingtoner Anti-Vietnam-Kundgebung bezeichnet.

Der Kongress der Verteidiger des Friedens, der unter Teilnahme von 800 ausländischen Gästen eröffnet wurde, befasste sich offiziell mit sechs Fragen der Weltpolitik:

- Der Weg zum Frieden in Indochina;
- Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten;
- Das Zusammenwirken der gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Europa für die Milderung der Spannungen, für Sicherheit und Zusammenarbeit;
- Rassenverfolgung und Kolonialismus;
- Neokolonialismus und die Probleme der Entwicklungsländer;
- Einstellung des Wettrüstens, Verbot der Massenvernichtungswaffen, allgemeine Abrüstung.

Mit Ausnahme der Nahostresolution wurden alle Beschlüsse des Weltfriedensrates von den Gästen der ungarischen Regierung einstimmig gutgeheissen. Der als Hauptdokument bezeichnete Aufruf der Generalversammlung bezeichnet die Vereinigten Staaten als Hauptschuldige an allen Uebeln, die gerade in der Welt anzutreffen sind. Das «Budapester Manifest», so bemerkt die ungarische Zeitung «Magyar Nemzet» vom 19.5.71 zutreffend, ist eigentlich ein Echo auf den Budapester Aufruf der Warschauer-Pakt-Staaten. Das Blatt lobt die Verfasser, die auf die Rede von Breschnew in Tbilisi sofort reagiert haben und sich seine Vorschläge zu eigen gemacht haben. Der auf der Abschluss-sitzung angenommene Aktionsplan erklärt 1971 zum «Jahr des Kampfes für die europäische Sicherheit» und sieht eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Demonstrationen in aller Welt vor. Als Schauplätze werden Ost-Berlin, Saarbrücken, Warschau und Belgien genannt. Aber wie aus den Ausführungen von Romes Chandra hervorgeht, werden von nun an die USA immer mehr in das Zentrum von Aktionen des Weltfriedensrates einbezogen.

... werden jetzt auch von der UNO gesegnet

Die diesjährige Weltfriedensversammlung erhielt eine neue Note durch die erstmalige offizielle Teilnahme der UNO an den Arbeiten der Generalversammlung.

U Thant richtete bereits am 5. Mai an Romes Chandra eine Botschaft, in der er zur Arbeit des Weltfriedensrates seine guten Wünsche zum Ausdruck brachte und dieser Organisation, die sich bisher nur als Sprachrohr des sowjetischen Ausserministeriums betätigte, dadurch eine internationale Anerkennung zusicherte. Die UNO ging aber noch weiter. Sie entsandte ihre Vertreter an die Generalversammlung. Wie Talib el Shibib vom Antikolonialismuskomitee der UNO am 14. Mai 1971 in Budapest an einer Pressekonferenz mitteilte, wurde damit die Rolle des Weltfriedensrates im Kampf gegen die Kolonialisierung anerkannt. Der UNO-Diplomat, der sich in offiziellem Auftrag an der Generalversammlung aufhielt, griff eine ganze Reihe von westeuropäischen und afrikanischen Staaten sowie die USA ganz im Sinne der Aktionen des Weltfriedensrates scharf an.

Das Sowjetlager blieb von diesem höchsten Gremium der Menschheit unkritisiert. Es ist wirklich höchste Zeit, dass China in die UNO kommt. ■

China im Zeichen der Konsolidierung

Wiederaufbau der Parteihierarchie

Der chinesische Konsolidierungsprozess, für den etliche Anzeichen sprechen, findet seine Bestätigung in der stetigen Wiederherstellung der alten Parteihierarchie, die durch die Kulturrevolution faktisch aufgehoben worden war. Seit dem 9. Parteikongress vom April 1969 sind in 19 von 21 Provinzen, 5 autonomen Gebieten und 3 Städten neue Gründungen von Parteikomitees zu verzeichnen, und der Anschluss an die frühere Kontinuität steht offenbar auch in den übrigen Teilen des Landes bevor.

Soweit ersichtlich, vollzieht sich der Wiederaufbau der Parteiorganisationen ohne besondere Schwierigkeiten. Die Parteikomitees gehen praktisch aus den Revolutionskomitees hervor, die man während der Kulturrevolution eingesetzt hatte, wobei viele der in der Zwischenzeit abgesetzten Funktionäre wieder Einsitz nehmen, ohne dass aber im personellen Bestand ein eigentlicher Bruch stattfindet.

Der Erste Sekretär der Provinzkomitees ist häufig der bisherige Vorsitzende des Revolutionskomitees und Mitglied des Zentralkomitees oder gar des Politbüros. Im gegenwärtigen Konsolidierungsprozess ist nicht mehr die Rede von der revolutionären «Dreierallianz» aus Parteivertretern, Militärs und Vertretern der revolutionären

Massenorganisationen, die bei der Gründung der Revolutionskomitees Pate gestanden hatten.

In den Führungsgremien der Provinzkomitees gibt die alte Garde den Ton an, die bereits vor der Kulturrevolution in den Parteikomitees der Provinzen gesessen hatte. Allerdings werden ihre Vertreter nicht mehr Parteisekretär, mit Ausnahme von Wei Kuo-tsching in Kwangsi-Chuang (autonomes Gebiet). Viele der neuen Parteisekretäre waren in der Kulturrevolution unter heftige Kritik geraten, wie Liu Hsing-yüan (Kwantung-Provinz), Hsü Schi-you (Kiangsu) und Bai Dungsai (Kiangsi). Unter den neuen Provinzsekretären befinden sich auch Personen, die eng mit den ausgebooteten Marschällen Peng Teh-hui und Ho Lung verbunden waren, wie z. B. Hsian Heng-han (Kansu-Provinz). ■

Der Peronismus und Neoperonismus in Argentinien

Faschismus von links

Von Alphonse Max

Die jüngste Diplomatenentführung in Argentinien wurde von Kräften inszeniert, die sich als linksstehend verstehen und bezeichnen. Wie reimt sich das mit der Gefahr eines faschistischen und damit angeblich rechtsstehenden Peronismus? Es besteht kein Grund, warum sich das nicht reimen sollte, weil die Zugehörigkeit des Faschismus auch wenn es heute von vielen Kindern geglaubt wird.

In Argentinien verbreitete sich ein Gerüchtewirbel um die angebliche Wiederkehr des im spanischen Exil lebenden Ex-Diktators Juan Domingo Peron.

Der derzeitige argentinische Präsident, Generalleutnant Alejandro Lanusse, der während des Peron-Regime vier Jahre lang im Konzentrationslager war, will die bisher untersagte Parteitätigkeit wieder herstellen, um in Bälde Wahlen auszurufen, und hat daher auch mit den Peronisten unterhandelt. Der 75jährige Peron, der mit seiner dritten, bedeutend jüngeren Frau luxuriös in Madrid lebt, scheint kaum geneigt zu sein, in sein Vaterland zurückzukehren, um die Leitung der peronistischen Partei zu übernehmen und sich allen den damit verbundenen Anstrengungen und Gefahren auszusetzen. Er hat nämlich «Forderungen» gestellt, um nach Argentinien zurückzukehren, als ob er den Argentinern einen Gefallen täte, wenn er wiederkommt: ausser Garantien für seine persönliche Sicherheit und die Herausgabe der Asche seiner verstorbenen zweiten Gattin, Evita, will der 75jährige seine Wiedereinsetzung in den Generalsrang, nachdem er vor 16 Jahren wegen Bereicherung im Amt und Unzucht mit Minderjährigen aus den Streitkräften ausgestossen worden war.

Natürlich kann es der argentinischen Regierung kaum angenehm sein, dass Peron nach Argentinien zurückkehrt; sie zieht es nur vor, dass der Ex-Diktator freiwillig auf die Rückkehr verzichtet. Was jedoch Erstaunen erregen muss, ist die grosse Anzahl Argentinier, die noch heute, 16 Jahre nach seinem Sturze, Peron als einen «Faktor des Friedens und der Einigkeit» betrachten.

Die harmlosen Zitate eines harmlosen Emigranten

In diesem Zusammenhang wäre es nützlich, einige Sprüche Perons in Erinnerung zu bringen: «An dem Tag, an dem es ans Hängen geht, werde ich auf der Seite jener sein, die aufhängen» (2.8.1946). «Mit dem Gewehr oder dem Messer, alles niedermachen, was über den Weg läuft» (24.6.1947). «Ich werde jedem Hemdlosen ein paar Meter Seil geben, dann werden wir schon sehen, wer wen aufhängt» (13.8.1946). «Wir werden im ganzen Lande Galgen errichten, um unsere Gegner aufzuhängen» (8.9.1947). «Wir werden Bindedraht verteilen, um unsere Feinde aufzuhängen» (31.8.1951). «Wir werden auf die Strasse gehen, alle auf einmal, damit weder sie noch ihre Kinder jemals wiederkehren» (8.6.1951). «Ihr verlangt, dass ich Prügel gebe: Warum fangt ihr selbst nicht schon damit an?» (1.5.1953). «Das werden wir entweder durch Ueberredung oder durch Prügel durchsetzen»